

Was darf ein Geschichtslehrer?

Die Mythen vom Rütli und Morgarten brauchen wir fürs Vaterland-Bewusstsein nicht mehr. Einmischungen gibt es immer noch.

Christoph Bopp

Zur Geschichte gibt es viele geflügelte Worte. «Those who cannot remember the past are condemned to repeat it.» (Diejenigen, die sich nicht an ihre Vergangenheit erinnern können, sind gezwungen, sie zu wiederholen.) Man muss den Satz des spanisch-amerikanischen Philosophen George Santayana (1863-1952) wörtlich zitieren, weil viele anstelle von «Vergangenheit» «Geschichte» gesetzt haben.

Das Land der Eidgenossen und des Rütlischwurs

Damit ist bereits viel gesagt. «Lasst hören aus alter Zeit!» Das Motto ist noch gar nicht so lange aus den Schulstuben verschwunden. Geschichte dient der Identitätsbildung, so ist sie entstanden im 19. Jahrhundert: Wir sind, was wir geworden sind. Wie wichtig sie für das «state oder nation building» ist, sehen wir eigentlich erst heute, nachdem wir diese Phase hinter uns haben.

Wir haben aber damit nicht nur die Heldenmythen einer vorgestellten Vergangenheit hinter uns gelassen, sondern uns – oder unsere Geschichte – auf ein unergründliches, trügerisches Ge-

biet begeben. Anstelle der hochproblematischen Indoktrination einer heldenhaften Vergangenheit wissen wir nicht mehr recht, wie mit der Geschichte des eigenen Landes umzugehen ist.

Wie sollen unsere Lehrer damit umgehen? Die Frage geht an den Geschichtsdidaktiker Peter Gautschi von der PH Luzern, der dazu ein Forschungsprojekt leitet. Geschichtsunterricht könne man durchaus zur Wissenschafts-Vorbildung betreiben, sagt er differenzierend. Dann diene sie als eine Schule des kritischen Denkens. Man erlebt, dass Vergangenheit meist kontrovers wahrgenommen wird, dass man Quellen kritisch anschauen muss. Natürlich spielt der moderne Begriff «Fake News» auch hinein.

Das klingt nach Distanzierung. Die Geschichte nur als Vehikel für allgemeine Geistesbildung? So sei das nicht gemeint. «Heute sind die Fächer «Geschichte» und «Politische Bildung» vielenorts zusammen gelegt. Das verschafft der Geschichte wieder Resonanz als «Lehrmeisterin für Gegenwart und Zukunft». Politische Bildung umfasst auch das Wissen, wie geworden ist, was heute ist.» Indem man das eigenständige Fach Geschichte abge-

schaft hat, habe man aber gleichzeitig auch die Interpretation der Vergangenheit anderen Playern überlassen, sagt Gautschi. Nicht nur die Politik rede mit, sondern auch Eltern und Interessengruppen aus Wirtschaft und Kultur. Dass sich Vertreter einer nationalkonservativen Denkrichtung da verpflichtet fühlen, leuchtet ein. Die Abgrenzung zur EU ist immer mindestens ein bisschen historisch unterfüttert: Wir waren schliesslich «immer schon» unabhängig.

Die Wertediskussion braucht einen «geschützten Raum»

Man darf das nicht unterschätzen. Es geht nicht nur um die Rettung der Schlacht von Morgarten, sondern durchaus auch um Aktualität. Unsere mythenbeladene Vergangenheitsdeutung stammt aus einer Zeit, in der das Wort der Älteren noch etwas galt. Mit dem Schwinden des traditionellen Autoritätsverständnisses haben wir uns – neben all den Vorteilen – auch einen allgemeinen Hang zur Respektlosigkeit eingehandelt. Die Lehrer können nun nicht mehr erzählen, «wie es war» und die Erinnerungsleistung benoten. Der Verlust geht tiefer. Gautschi nennt es

den Verlust des «geschützten Raums». Politische Bildung soll sich mit Staat, Verfassung und den geltenden Werten beschäftigen.

Um die Grenzen zu erleben, welche Verfassung und Staat ziehen, muss man über Grenzüberschreitungen diskutieren können. Meinungsfreiheit – in Frankreich, aber auch bei uns – diskutieren, ohne die Mohammed-Karikaturen zu erwähnen – wie soll das gehen? Dass es gar nicht darum ging zu provozieren, sondern die Karikaturen nur als Beispiele dienten, war offenbar für religiöse Fanatiker zu kompliziert.

Die Einschüchterungsphase haben wir schon hinter uns

Die «heisse Phase» der Debatte um die Geschichte haben wir in der Schweiz hinter uns. Sie begann Mitte der 1990er-Jahre, als die Diskussion um die jüdischen Vermögen bei Schweizer Banken wieder einmal aufflammte, und gipfelte in der Einsetzung der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Bergier-Kommission). Damals stritt man, «ob die Geschichte umgeschrieben werden müsse; die Diffamierung als «Nestbeschmutzers» wurde umgedeu-

tet zum «Vergangenheitsbeschmutzer». Die Wogen schlugen hoch. Nicht zuletzt darum, weil sich viele, die noch «dabei gewesen waren», ungerecht behandelt vorkamen.

Da gab es Versuche der Einschüchterung und Beeinflussung. Es ging weiter als das Lehrer-Bashing, das man auch heute beobachtet. Die Politik, die Eltern und andere Kreise mischen sich immer noch ein, wenn sie das Gefühl haben, da werde an einem offensichtlichen Zweck vorbei gelehrt. Dem Staat kann das auch nicht gleichgültig sein. Schliesslich geht es darum, wie junge Menschen in die Gesellschaft der Erwachsenen und Mündigen eingegliedert werden sollen.

Die Didaktik schützt die Lehrpersonen, indem sie Regeln formuliert: Es gibt ein «Überwältigungsverbot», dem Schüler dürfen keine Meinungen aufgezwungen werden. Daneben gibt es zwei Gebote: Das «Analysegebot», wendende Schüler müssen in die Lage versetzt werden, die eigenen Interessen und die politische Situation zu durchschauen; und schliesslich das «Kontroversitätsgebot»: Themen, welche in der Gesellschaft kontrovers gesehen werden, sollen auch kontrovers behandelt werden.



«In Frankreich erlöschen die Lichter der Aufklärung nie!» Präsident Macron und die Honorationen ehren den ermordeten Geschichtslehrer Samuel Paty.

Bild: Keystone

«Das Wort des Imams war stärker»

Frankreich erwies dem ermordeten Geschichtslehrer Samuel Paty die letzte Ehre. Lehrer berichten von Einschüchterung in der Schule.

Der Geografie- und Geschichtslehrer Samuel Paty war vor einer Woche erstochen und enthauptet worden, weil er zum Thema Meinungsfreiheit auch die umstrittenen Mohammed-Karikaturen des Satiremagazins Charlie Hebdo gezeigt hatte. Die nationale Gedenkfeier für ihn fand am Mittwochabend in der Pariser Sorbonne-Universität statt: Dieser «Tempel des Wissens» sei ein Symbol der Aufklärung und Bildung, erklärte ein Berater von Präsident Emmanuel Macron.

Zugleich schilderten Lehrer, was ihnen in den Vororten von Paris oder Lyon widerfährt. Ihr Befund ist eigentlich nicht neu: Der Chef-Schulinspektor Jean-Pierre Obin hatte schon 2004 über 60 Mittelschulen analysiert und Alarm geschlagen, weil Schüler den Unterricht mit islamistischen Thesen

zu stören suchten. Sie oder ihre Eltern stellten den Holocaust in Frage oder verlangten Halal-Gerichte, sagte er beispielsweise. Bloss war dieser 37-seitige Bericht nie erschienen.

Jetzt berichten die Pariser Medien ausführlich darüber. In der Zeitung «Le Parisien» erzählten betroffene Lehrer, ohne ihren richtigen Namen zu nennen, über ihren schwierigen Banlieue-Alltag. Eine «Aurélié» schilderte, wie sie vor ihren neunjährigen Schülern über Esel, Schweine und andere Tiere gesprochen habe – um darauf eine Elternnotiz im Schulheft zu finden, sie solle ihren Schützlingen doch bitte keine «verbotenen» Worte wie «Schwein» in den Mund legen. Die Lehrerin informierte die Schulleitung nicht, da sie, wie sie sagte, in solchen Fällen «ohnehin keine Unterstützung» erhalte.

Anderer Lehrer berichten, sie stiessen sogar im Geometrieunterricht auf Einwände, wenn ein Konstrukt zu sehr an ein Kreuz erinnere. Eine gewisse «Marie» erzählte, sie habe immer mehr Mühe, die Evolutionstheorie «durchzubringen». Schüler hätten auf der religiösen Sicht beharrt. «Was Sie sagen, ist falsch», habe ihr einer gesagt. «Mit Ihrem Darwin brauchen Sie uns nicht mehr zu kommen.»

Migranten haben die Kathedralen des Mittelalters gebaut

Der Geschichts- und Geografielehrer «Bruno» erinnerte sich, dass ein Schüler behauptet habe, die Kathedralen des Mittelalters seien von Immigranten erbaut worden. Das habe er von seinem Imam gehört. «Ich versuchte ihm vergeblich klar zu machen, dass es im Mit-

telalter noch keine Immigranten gegeben habe», fuhr der Lehrer fort. «Das Wort des Imams war stärker.»

Die Pariser Medien sprechen nach der barbarischen Enthauptung des Lehrers Paty vom «Ende der Omertà», des Schweigegebotes. Der Verband der französischen Geschichts- und Geografielehrer, Clionautes, gibt allerdings zu bedenken, dass sich ihre Mitglieder «weiterhin alleingelassen» vorkämen. Dabei räumen viele Lehrer ein, dass sie den heiklen Themen wie Meinungsfreiheit und Mohammed-Karikaturen aus dem Weg gingen.

Zwischen September 2019 und März 2020 zählten die Schulbehörden 935 Angriffe auf den Laizismus, auf die in Frankreich strikte Trennung von Kirche und Staat. Diese relativ überschaubare Zahl – bei 65 Millionen Einwohn-

ern – stagniert, wie Bildungsminister Jean-Michel Blanquer diese Woche erklärt hat. Die Dunkelziffer dürfte allerdings hoch sein.

Obins neuestes Buch trägt den Titel «Wie wir den Islamismus in die Schule eingelassen haben». Die Zeitung «Le Monde» kommentierte, Obin dramatisiere die Lage zu stark: Laut einer Umfrage von 2018 hätten nur neun Prozent der französischen Lehrer die Stimmung an ihrer Schule als «angespannt» bezeichnet. Man könnte dagegenhalten: Dieser Prozentsatz entspricht in etwa den Banlieue-Zonen, wo der Islamismus grassiert. Dort sind die Spannungen wirklich die Norm. Und die Schulen oft die letzten Bollwerke der Republik gegen den Vormarsch der Religion.

Stefan Brändle aus Paris